

Mitteilungen

des Zentralverbandes der Deutschen Uhrmacher (Einheitsverband)

Verantwortlich für den Inhalt: Der Geschäftsführer des Verbandes W. König, Halle (Saale), Mühlweg Nr. 19

Halle (Saale)

6. Oktober 1922

Nummer 23

Ermäßigung der Uhrenpreise

Bericht über die Sitzung am 15. September

Die Fachgruppe Großuhren des Wirtschaftsverbandes der Deutschen Uhrenindustrie hatte den Grossistenverband und den Zentralverband der Deutschen Uhrmacher zu einer Aussprache über die Änderung der Uhrenpreise für den 15. September nach Donaueschingen eingeladen. Von dem Grossistenverband war eine große Anzahl von Vertretern aus ganz Deutschland anwesend; den Zentralverband vertraten Herr Kollege Wolf (Stuttgart) und der unterzeichnete Geschäftsführer.

Herr Dr. Dienst, der Leiter der Versammlung, gab zunächst einen Überblick über die Wirtschaftsentwicklung seit der letzten Zusammenkunft in Frankfurt a. M. Er betonte, daß die Festsetzung der Preise vom Wirtschaftsverband stets auf Grund genauer Kalkulationen erfolgt sei, daß also nicht der Stand des Dollars, sondern die Selbstkosten zugrunde gelegt würden. Ende August dieses Jahres, als durch die Entwicklung der Lage die Mark ganz ungeheuer entwertet wurde, mußte schnell gehandelt werden. Der letzte Aufschlag mußte noch vor der Leipziger Messe herauskommen, um kein falsches Bild über die Lage der Uhrenindustrie aufkommen zu lassen. Eine genaue Nachkalkulation und sorgfältige Beratung habe das Ergebnis gezeitigt, daß eine geringe Preisermäßigung möglich sei, und zwar solle der Aufschlag auf die Mai-Liste 1922 von 500 % auf 450 % ermäßigt werden.

Von seiten des Einzelhandels wurde darauf hingewiesen, daß ein derartig geringer Preisabschlag (etwa 8 %) gar keine Entspannung der Lage bringen könne. Der letzte Aufschlag habe sowohl bei dem Groß-, als auch bei dem Einzelhandel das Geschäft vollständig lahmgelegt. Es müßte gefordert werden, daß der letzte Aufschlag von 56,3 % wegfällt. Durch eine Vergleichstabelle der Uhrenpreise seit der Friedenszeit mit dem Dollarstande wurde nachgewiesen, daß sich die Uhrenpreise stets dem Stande des Dollars angepaßt haben, daß sie aber seit den beiden letzten Aufschlägen weit über den Stand des Dollars hinausgekommen sind. Die Uhrenindustrie hat also für ihre Uhren immer Goldmarkpreise bekommen. Die Lage des Einzelhandels ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen, wo wieder eine Hetze gegen ihn eingesetzt hat, weil er angeblich das Publikum bewuchert, sehr schwierig geworden. Vor allen Dingen ist es ihm nicht mehr möglich, den Abgang in dem Warenlager zu ergänzen. Er kann auch heute nach den letzten großen Aufschlägen nicht sofort in vollem Maße den Wiederbeschaffungspreis, seine Unkosten und

einen kleinen Verdienst hereinholen. Sein Vermögen vermindert sich unter diesen Umständen sehr schnell, so daß er jetzt um Sein oder Nichtsein zu kämpfen hat.

Auch von den Großhändlern wurde die Lage beleuchtet. Der Großhandel fordert, daß die Zusage, die in Frankfurt gegeben wurde, daß die deutschen Uhrenpreise nach Möglichkeit immer 20 % unter den Auslandspreisen zu halten sind, erfüllt wird. Gegenwärtig würde an das Ausland billiger verkauft als in Deutschland. In letzter Zeit sei der Großhandel stark beliefert worden. Da er aber infolge des letzten Aufschlages keine Aufträge mehr erhalten habe und bei den in letzter Zeit ausgeführten Lieferungen wegen der Preise Streitigkeiten mit den Uhrmachern entstanden seien, so bekäme er jetzt sein Geld sehr schlecht herein. Die Folge sei eine große Knappheit der Betriebsmittel.

In einer eingehenden Aussprache wurde dann die gegenwärtige Lage ausführlich besprochen. Die Herren Fabrikanten zogen sich hierauf zu einer Sonderberatung zurück. Als Ergebnis wurde mitgeteilt, daß man als Alleräußerstes bereit sei, den Aufschlag auf die Mai-Liste auf 425 % herabzusetzen, was eine Ermäßigung der letzten Preise um 12½ % ausmacht. Namentlich von dem Großhandel wurde versucht, eine Ermäßigung des Aufschlages auf 400 % zu erreichen. Die Fabrikanten blieben aber dabei, daß 425 % das Alleräußerste sei, was sie zugestehen könnten.

Zuletzt wurden noch die Fragen des Rücktrittsrechts und der Zahlungsbedingungen besprochen; die letzteren sollen jedoch in der in Frankfurt beschlossenen Weise bestehen bleiben. Ein amtlicher Bericht des Wirtschaftsverbandes wird darüber noch Näheres bringen.

Zum Schlusse gaben die Fabrikanten noch bekannt, daß sie zum 1. Januar 1923 Grundpreise einführen würden. Als Grundlage seien die jetzigen Währungspreise gedacht, zu denen dann immer ein Multiplikator käme, so daß die genaue Berechnung der Tagespreise leicht möglich sei. Der Einzelhandel betonte, daß er kein Interesse an der Festsetzung von Goldmarkpreisen hätte, die vielleicht in jeder Woche geändert würden, sondern daß ihm daran liege, möglichst stabile Preise zu bekommen, die eine Kalkulation auf einige Zeit hinaus ermöglichen. Die fortwährende Änderung der Preise bringe so viel Unruhe in das Geschäft, daß dieses sehr darunter leide.

W. König.

Verbands-Nachrichten

Sitzung der Lohnkommission am 24. September 1922 in Hannover. Die Sitzung wurde um 4 Uhr vom Vorsitzenden, Herrn Kollegen H. Frischmuth, eröffnet, der die Erwartung aussprach, daß die Verhandlungen zu guten Ergebnissen führen möchten. Herr Kollege Haase verlangte zunächst von der Gehilfenschaft mehr Sachlichkeit in den Berichten. Fälle wie der Bericht über den Verbandstag dürften nicht vorkommen. Herr Wabra sagte zu und bedauerte, daß das vorgekommen sei. Alsdann verurteilte Herr Kollege Trawny sehr scharf das Verhalten des Herrn Wabra in Sachen der Innung Trier, insbesondere gegen den Kollegen Bruns, und in Sachen des Tarifvertrages des Verbandes Rheinland-Westfalen. Herr Wabra erwiderte und verlas ein Schreiben aus Trier in Sachen Bruns mit drei Unterschriften, zum Beweis, daß er nicht leichtfertig gehandelt habe und an der Wahrheit nicht hätte zu zweifeln brauchen. In Sachen Dr. Riegel weist er den Vorwurf der Unwahrhaftigkeit zurück. Er legt eine Korrektur mit seiner Unterschrift vor, die er nicht vollzogen hat. In Sachen Bruns will er sofort Aufklärung schaffen und die Sperre aufheben. Der Vorsitzende verlangt in Zukunft mehr

Vorsicht von der Gehilfenschaft, damit so leichtfertige Handlungen wie die Sperrungen über angesehene Geschäfte, wie Haase (Bremen) und Bruns (Trier), sowie über die ganze Innung Trier, nicht mehr vorkommen. Herr Wabra sagt zu, in Zukunft vorsichtiger zu sein.

Alsdann wurden die neuen Forderungen der Gehilfenschaft vorgetragen, die in 250 Prozent Aufschlag auf die Löhne vom 27. Juni und Festsetzung auf einen Monat bestehen. Nach langen Verhandlungen wurden die nachstehenden Beschlüsse gefaßt: 150 Prozent Aufschlag und nur, wenn eine außergewöhnliche Wirtschaftslage eintritt, neue Verhandlungen.

H. Frischmuth.

Die neuen Lohnsätze. Die Lohnkommission des Zentralverbandes hat im Einvernehmen mit der Lohnkommission des Deutschen Uhrmacher-Gehilfen-Bundes in ihrer Sitzung vom 24. September 1922 beschlossen: Der § 13 erhält folgende Fassung:

„Für Orte, in denen keine örtlichen Tarife abgeschlossen werden zwischen den zuständigen Meister- und Gehilfen-Ver-